

Sustainable Development Goals

Ziele für eine nachhaltige Welt - ein kritische Würdigung
Transforming Europe

Von Hans Holzinger

Factsheet im Auftrag von „Wachstum im Wandel“

Oktober 2018

Inhalt

SDGs - 17 Ziele und 169 Unterziele - Fünf Prinzipien	3
Umsetzung der SDGs auf nationaler und regionaler Ebene	4
SDG und die Rolle der Europäischen Union	5
Fortschritte messen - das SDG-Indikatorensystem	6
UN-SDG-Report 2018: Anteil der Personen unter der Armutsgrenze	7
UN-SDG-Report 2018: Anteil der unterernährten Personen	8
Das SDG-Indikatorenset der Europäischen Union	9
Das SDG-Indikatorenset für Österreich	10
Das SDG-Indikatorensystem der Bertelsmann-Stiftung	11
Länderprofile zur Erreichung der SDGs der Bertelsmann-Stiftung	12
Planetare Grenzen und Lebensqualität – das Donut-Modell	13
Erste Einschätzung der SDG-Strategie der Europäischen Union	14
Kritik an den SDGs: Schwächen und zivilgesellschaftliche Forderungen	16
Keine Hinterfragung von Wirtschaftswachstum und Konsumstreben	17
Fairer Handel und eine offene Migrationspolitik	18
Alternative Entwicklungswege zulassen und integrieren	19
Zivilgesellschaftliches Engagement und nachhaltige Lebensstile	20

Zum Verfasser

Mag. Hans Holzinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und pädagogischer Leiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg. Zuletzt erschienen sind seine Publikationen „Von nichts zu viel – für alle genug“ (2016) sowie „Wie wirtschaften? Ein kritisches Glossar“ (2018). Für das Projekt „Wachstum im Wandel“ hat Holzinger mehrere Zukunftsdossiers verfasst, zuletzt „(Post)-Wachstum in der aktuellen Fachliteratur“ (2016). www.jungk-bibliothek.org

Für das aufmerksame Lektorat danke ich meinem Kollegen Reinhard Geiger.

Kontakt: hans.holzinger@jungk-bibliothek.org

Sustainable Development Goals - 17 Ziele und 169 Unterziele - Fünf Prinzipien

Bei einem hochrangigen Gipfeltreffen der Vereinten Nationen vom 25. bis 27. September 2015 wurde die "Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung" unter dem Titel "Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung" beschlossen. Alle 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verpflichten sich darin, auf die Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen ("Sustainable Development Goals", SDGs) auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene bis zum Jahr 2030 hinzuwirken.¹

17 Ziele mit 169 Unterzielen für eine nachhaltige Welt. Das Plakat mit den siebzehn bunten Icons soll vermitteln, dass die Ziele zusammengehören. Hinsichtlich der Ansprüche hat man gegenüber den Vorgängerzielen, den Millennium Development Goals (MDGs, 2000-2015) dazugelernt. War dort noch von der Halbierung der Armut bis zum Jahr 2015 die Rede, so heißt es in den SDGs nun: „Keine Armut“ (Ziel 1) und „Kein Hunger“ (Ziel 2). Und: Entwicklung wird anders als bei den MDGs auch auf die materiellen Wohlstandsländer bezogen (z. B. Ziel 12: „Nachhaltiger Konsum und Produktion“). Auch Aspekte wie „Geschlechtergerechtigkeit“ (Ziel 5), „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ (Ziel 8) oder „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ (Ziel 11) werden angesprochen. Mit „Maßnahmen zum Klimaschutz“ (Ziel 13), „Leben unter Wasser“ (Ziel 14) und „Leben am Land“ (Ziel 15) sind Klimapolitik und Artenvielfalt zentral verankert. Themen der Infrastruktur werden mit „Bezahlbare und saubere Energie“ (Ziel 7) und „Industrie, Innovation und Infrastruktur“ (Ziel 9), politische Strukturen mit „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ (Ziel 16) sowie „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ (Ziel 17) angesprochen (s. Abb. 1).

Die Sustainable Development-Goals sind der Versuch, globale Ziele und globale Anstrengungen auf der Weltagenda zu halten und dem „We first“-Denken sowie einer Renationalisierung der internationalen Politik entgegenzuwirken. Die 193 Staaten der UN sind angehalten, nationale Anstrengungen zur Erreichung der Ziele zu tätigen und regelmäßig Fortschrittsberichte zu veröffentlichen.² Zudem sollen deren Regierungen öffentliche Körperschaften wie Kommunen und Regionen zu entsprechenden Maßnahmen anhalten.

Die 17 Ziele sind unteilbar und bedingen einander. Ihnen sind fünf Kernbotschaften als handlungsleitende Prinzipien vorangestellt: Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft. Im Englischen spricht man von den "5 Ps": People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership.



Abb. 1: Die Sustainable Development Goals im Überblick

Quelle: UN, nach Österreichisches Bundeskanzleramt

¹Hier zitiert nach: www.bundeskanzleramt.gv.at/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030

²Der erste österreichische Bericht ist 2016 erschienen. Download: www.bundeskanzleramt.gv.at/berichterstattung-agenda-2030

Umsetzung der SDGs auf nationaler und regionaler Ebene

Die Umsetzung der SDGs wird in den Staaten unterschiedlich angegangen. In *Deutschland* bildet die 2017 aktualisierte Nachhaltigkeitsstrategie den wesentlichen Rahmen für die nationale Umsetzung der Agenda 2030. Die Federführung liegt beim Bundeskanzleramt. Eingebunden sind - neben den öffentlichen Körperschaften - die Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Zusammen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wurde eine Plattform eingerichtet, die systematisch in die Steuerungs-, Dialog- und Umsetzungsprozesse der Agenda 2030 und somit in die neue Nachhaltigkeitsarchitektur eingebunden ist.³ In der Publikation „Der Zukunftsvertrag für die Welt“ werden die SDGs sowie die geplanten Maßnahmen Deutschlands dargestellt.⁴

In *Österreich* erfolgt die Umsetzung der SDGs durch alle Bundesministerien in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich.⁵ Die Bundesministerien sind beauftragt, die Prinzipien der Agenda 2030 und ihre nachhaltigen Entwicklungsziele in die relevanten Strategien und Programme einzuarbeiten und gegebenenfalls entsprechende Aktionspläne sowie Maßnahmen zu erstellen. Dabei sollen alle relevanten staatlichen Organe und KooperationspartnerInnen auf Bundes-, Landes-, Städte- und Gemeindeebene sowie Sozialpartner, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft einbezogen werden. Eine Arbeitsgruppe unter der gemeinsamen Leitung des Bundeskanzleramtes (BKA) und des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) ist mit der Koordinierung eines, den international festgelegten Vorgaben entsprechenden regelmäßigen Fortschrittsberichtes auf Basis der vereinbarten Indikatoren sowie die Prioritäten in der Umsetzung für die jeweils nächste Berichtsperiode beauftragt. Die ständigen Mitglieder der Arbeitsgruppe sind zugleich die von den jeweiligen Bundesministerien nominierten SDGs-Ansprechpersonen.⁶

Der Rechnungshof Österreich mahnt in einem ersten Bericht, der im Juni 2018 veröffentlicht wurde, mehr Anstrengungen und Aktivitäten zur Umsetzung der SDGs ein. Der Überprüfungszeitraum bezog sich im Wesentlichen auf die Jahre 2016 und 2017. Kritisiert wird insbesondere, dass die Beiträge des ersten Zustandsberichts „in Bezug auf Qualität und Umfang sehr unterschiedlich“, die Ergebnisse „weder der Öffentlichkeit zugänglich“ waren und auch nicht im Parlament berichtet wurden. Vorgeschlagen wird die Einrichtung einer eigenen Organisationseinheit zur Koordinierung der Aktivitäten.⁷



Abb. 2: SDG-Reports von Deutschland und Österreich

Quellen: BMZ, Bundeskanzleramt

³ www.bmz.de/de/ministerium/ziele/2030_agenda/deutscher_beitrag/deutschland/index.html

⁴ http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie270_zukunftsvertrag.pdf

⁵ www.bundeskanzleramt.gv.at/implementierung

⁶ https://www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/939920/SDG_Ansprech.pdf/306914f1-0cd1-452c-9e03-6fa6f3ab6335

⁷ https://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2018/Aktuelles/Entwicklungsziele_Vereinten_Nationen_2030.pdf, S.7ff

SDG und die Rolle der Europäischen Union

Im November 2016 hat die EU-Kommission einen ersten Strategieplan für die Umsetzung der Sustainable Development Goals vorgelegt. Dieser umfasst folgende Schritte:⁸

- durchgängige Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsziele in allen EU-Strategien und -Initiativen und Orientierung an nachhaltiger Entwicklung als wesentlichem Leitgrundsatz für alle Politikbereiche der EU
- regelmäßige Berichterstattung über die Fortschritte der EU ab 2017
- Förderung der Umsetzung der Agenda 2030 gemeinsam mit den Regierungen der EU-Länder, dem Europäischen Parlament, anderen europäischen Institutionen, internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, Bürgerinnen und Bürgern und anderen Interessensträgern
- Einrichtung einer hochrangigen Multi-Stakeholder-Plattform zur Förderung des sektorübergreifenden Austauschs bewährter Umsetzungsmethoden auf nationaler und EU-Ebene
- Entwicklung einer langfristigen, über das Jahr 2020 hinausgehenden Perspektive

Die im Mai 2017 eingerichtete Multi-Stakeholder-Plattform hat folgende Ziele:⁹

- „die Europäische Kommission und alle beteiligten Interessengruppen bei der Umsetzung der SDGs auf EU-Ebene zu unterstützen und zu beraten.
- Unterstützung bei der Vorbereitung des Auswahlverfahrens für einen jährlichen Nachhaltigkeitspreis zu leisten
- ein Forum für den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken bei der Umsetzung der SDGs in allen Sektoren sowie auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene zu bieten.“

Die Plattform zählt 30 Mitglieder und setzt sich zusammen aus Einzelpersonen mit spezifischen Fachkenntnissen sowie Vertretern und Vertreterinnen bestimmter Organisationen („to represent a common interest or organisations“). Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (European Economic and Social Committee) and der Ausschuss der Regionen (Committee of the Regions) halten jeweils einen Sitz in der Plattform. Vorsitzender ist Vizepräsident Frans Timmermans. Ein Management-Ausschuss (Management Committee) unterstützt die Arbeit der Plattform, den Vorsitz hier führt der Generalsekretär der Europäischen Kommission (Secretariat-General of the Commission).

In einem Grundsatzpapier „Next steps for an sustainable European Future“ der Europäischen Kommission wurden die geplanten Ziele zur Erreichung der SDGs formuliert.¹⁰



⁸ https://ec.europa.eu/info/strategy/international-strategies/global-topics/sustainable-development-goals/eu-approach-sustainable-development_de

⁹ https://ec.europa.eu/info/strategy/international-strategies/global-topics/sustainable-development-goals/multi-stakeholder-platform-sdgs/role-structure-and-working-methods_de

¹⁰ https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/communication-next-steps-sustainable-europe-20161122_en.pdf

Fortschritte messen - das SDG-Indikatorensystem

Den 169 Subzielen der SDGs sind 230 Indikatoren zugewiesen, mit denen etwa Armut, die Ernährungssituation, die Lage von Gesundheit und Bildung, die ökologische und wirtschaftliche Situation erfasst werden (sollen). Jedes Ziel hat sechs Hauptindikatoren, Ziel 14 und 17 haben nur fünf. Darüber hinaus sind 41 der Indikatoren als Subindikatoren mehreren Zielen zugeordnet, was die Vernetztheit der Ziele zeigt.

Zur Festlegung der Indikatoren auf internationaler Ebene wurde im Jahr 2015 eine *„Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators“ (IAEG-SDGs)* im Rahmen der Statistikkommission der Vereinten Nationen ins Leben gerufen.¹¹ Die Veröffentlichung der Messdaten erfolgt in einem jährlich von den Vereinten Nationen publizierten *„Sustainable Development Goals Report“*. Durch diese Indikatoren soll es möglich sein festzustellen, ob die beabsichtigten Verbesserungen tatsächlich eintreten, beziehungsweise wo möglicherweise noch größere Anstrengungen erforderlich sind.

In Tabelle 1 werden Beispiele für Indikatoren wiedergegeben. Für SDG 1 „Keine Armut“ sollen etwa der Anteil der Bevölkerung, die unter der internationalen bzw. nationalen Armutsgrenze leben, sowie der Anteil der Bevölkerung, der über soziale Sicherungssysteme verfügt, erhoben werden. Für SDG 2 „Kein Hunger“ werden neben Indikatoren, die Unterernährung sowie Ernährungsunsicherheit messen, auch solche für eine nachhaltige Landwirtschaft sowie die Vielfalt von Pflanzen und Tierrassen angeführt. Bei „Gesundheit und Wohlergehen“ wird etwa die Müttersterblichkeitsrate sowie die Anzahl von Geburten, die von qualifiziertem Gesundheitspersonal betreut werden, genannt.

SDG 1 Poverty	Indicator 1.1.1: Proportion of population below the international poverty line, by sex, age, employment status and geographical location (urban/rural) Indicator 1.3.1: Proportion of population covered by social protection floors/systems, by sex, distinguishing children, unemployed persons, older persons, persons
SDG 2 Agriculture and Nutrition	Indicator 2.1.1: Prevalence of undernourishment Indicator 2.1.2: Prevalence of moderate or severe food insecurity in the population, based on the Food Insecurity Experience Scale (FIES) Indicator 2.5.1: Number of plant and animal genetic resources for food and agriculture secured in either medium- or long-term conservation facilities
SDG 3 Health	Indicator 3.1.1: Maternal mortality ratio Indicator 3.1.2: Proportion of births attended by skilled health personnel
SDG 4 Education	Indicator 4.2.1: Proportion of children under 5 years of age who are developmentally on track in health, learning and psychosocial well-being, by sex Indicator 4.a.1: Proportion of schools with access to (a) electricity; (b) the Internet for pedagogical purposes; (c) computers for pedagogical purposes; (d) adapted infrastructure and materials for students with disabilities; (e) basic drinking water; (f) single-sex basic sanitation facilities; and (g) basic handwashing facilities (as per the WASH indicator definitions)

Tab. 1: Beispiele für Indikatoren zu den SDGs¹²

¹¹ <https://unstats.un.org/sdgs/iaeg-sdgs/>

¹² Ebd.

UN-SDG-Report 2018: Beispiel 1 Anteil der Personen unter der Armutsgrenze

Der *SDG-Report 2018* des *Economic and Social Council der Vereinten Nationen*¹³ enthält Daten zu den ausgewiesenen Indikatoren, untergliedert nach Weltregionen und Zeitreihen, soweit diese verfügbar sind. So werden für Ziel 1 „Überwindung der Armut“ etwa der Anteil der Bevölkerung unter der internationalen sowie der nationalen Armutsgrenze, für Ziel 2 „Überwindung von Hunger“ etwa die Häufigkeit von Ernährungsunsicherheit in der Erwachsenenbevölkerung sowie die Unterernährung von Kindern unter fünf Jahren erfasst. Ebenso wird der Anteil der Beschäftigten unter der internationalen und nationalen Armutsgrenze, gesondert nach Jugendlichen, Erwachsenen und Frauen, ausgewiesen.

Der hier ausgewählte Indikator (Abb. 3) zeigt, dass der Anteil der Menschen unterhalb der internationalen Armutsgrenze – diese entspricht 1,25 Dollar pro Tag – 2013 in Sub-Sahara Afrika mit 43,7 Prozent am höchsten lag. Weit dahinter liegen Südasien mit 14 Prozent und Zentralasien mit 10 Prozent. Süd-Ost-Asien liegt bei 7,9 Prozent, Lateinamerika bei 4,9 Prozent, West-Asien (inklusive Naher Osten) bei 3,5 Prozent und Nordafrika bei 3,1 Prozent. In Nordamerika lebten 2013 0,9 Prozent, in Europa 0,3 Prozent unterhalb der internationalen Armutsgrenze. Aufschlussreich ist die Entwicklung im Zeitverlauf: Von 2002-2013 ging der Anteil der Menschen unterhalb der internationalen Armutsgrenze in Asien stark zurück, und zwar um 20-30 Prozentpunkte. In Sub-Sahara Afrika ist der Anteil ebenfalls rückläufig, jedoch in geringerem Ausmaß (15 Prozentpunkte) und ausgehend vom höchsten Ausgangsniveau.

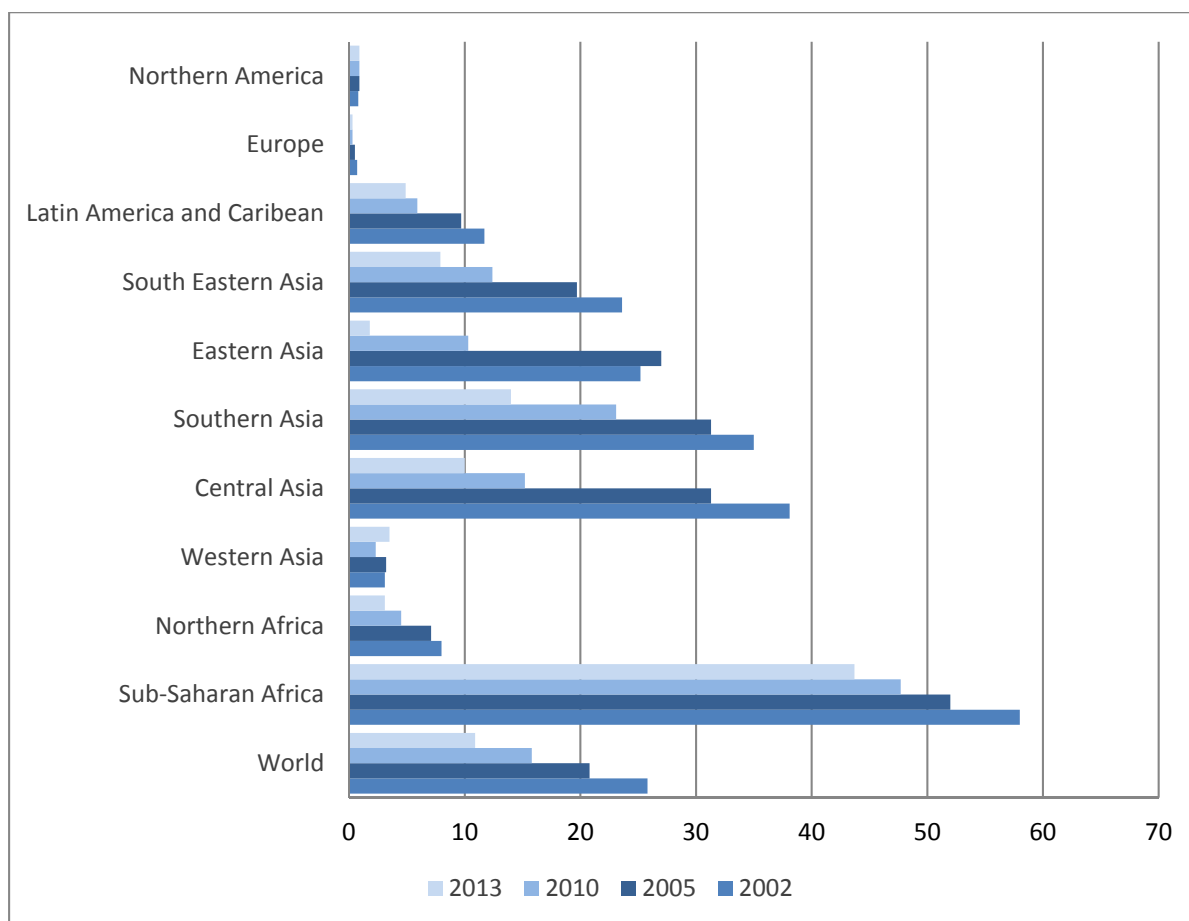


Abb. 3: Anteil der Bevölkerung unterhalb der internationalen Armutsgrenze von 1,25 Dollar pro Tag

Quelle: SDG-Report 2018, Daten: World Development Indicators database, the World Bank. Grafik: Holzinger

¹³ Fortschrittsberichte zu den Indikatoren nach Regionen bietet der SDG-Report 2018 des Economic and Social Council der Vereinten Nationen: <https://unstats.un.org/sdgs/files/report/2018/secretary-general-sdg-report-2018--Statistical-Annex.pdf>

UN-SDG-Report 2018: Beispiel 2 Anteil der unterernährten Personen

Der Anteil der unterernährten Personen an der Gesamtbevölkerung ist noch gewichtiger als jener der Menschen unterhalb der internationalen Armutsgrenze, da dieser das nackte Überleben betrifft. Der *SDG-Report 2018*¹⁴ weist zum SDG-Ziel 2.1 „Bis 2030 alle Formen der Fehlernährung beenden, einschließlich durch Erreichung der international vereinbarten Zielvorgaben in Bezug auf Wachstumshemmung und Auszehrung bei Kindern unter 5 Jahren bis 2025, und den Ernährungsbedürfnissen von heranwachsenden Mädchen, schwangeren und stillenden Frauen und älteren Menschen Rechnung tragen“¹⁵ („Rate der Unterernährten“) folgende Daten aus:

In Sub-Sahara Afrika ist die Rate der Unterernährten mit 21,3 Prozent in der Periode 2014-2016 am höchsten, gefolgt von Südasien mit 14,9 Prozent und Südostasien mit 10,2 Prozent. West- und Zentralasien sowie Nordafrika liegen knapp unter 10 Prozent Unterernährten, Lateinamerika bei 6,4 Prozent. Den stärksten Rückgang der Unterernährten-Rate weisen Südostasien mit über 10 Prozentpunkten, Zentralasien mit 7,3 Prozentpunkten und Lateinamerika mit knapp 6 Prozentpunkten gegenüber der Periode 1999-2002 auf. Auch in den übrigen Regionen ist die Rate der Unterernährten rückläufig – mit einer Ausnahme. In Nordafrika stieg diese gegenüber der Vorperiode 2009-2011 um über 3 Prozentpunkte an. Für Europa und Nordamerika werden die Angaben mit „unter 2,5 Prozent“ pauschal ausgewiesen.

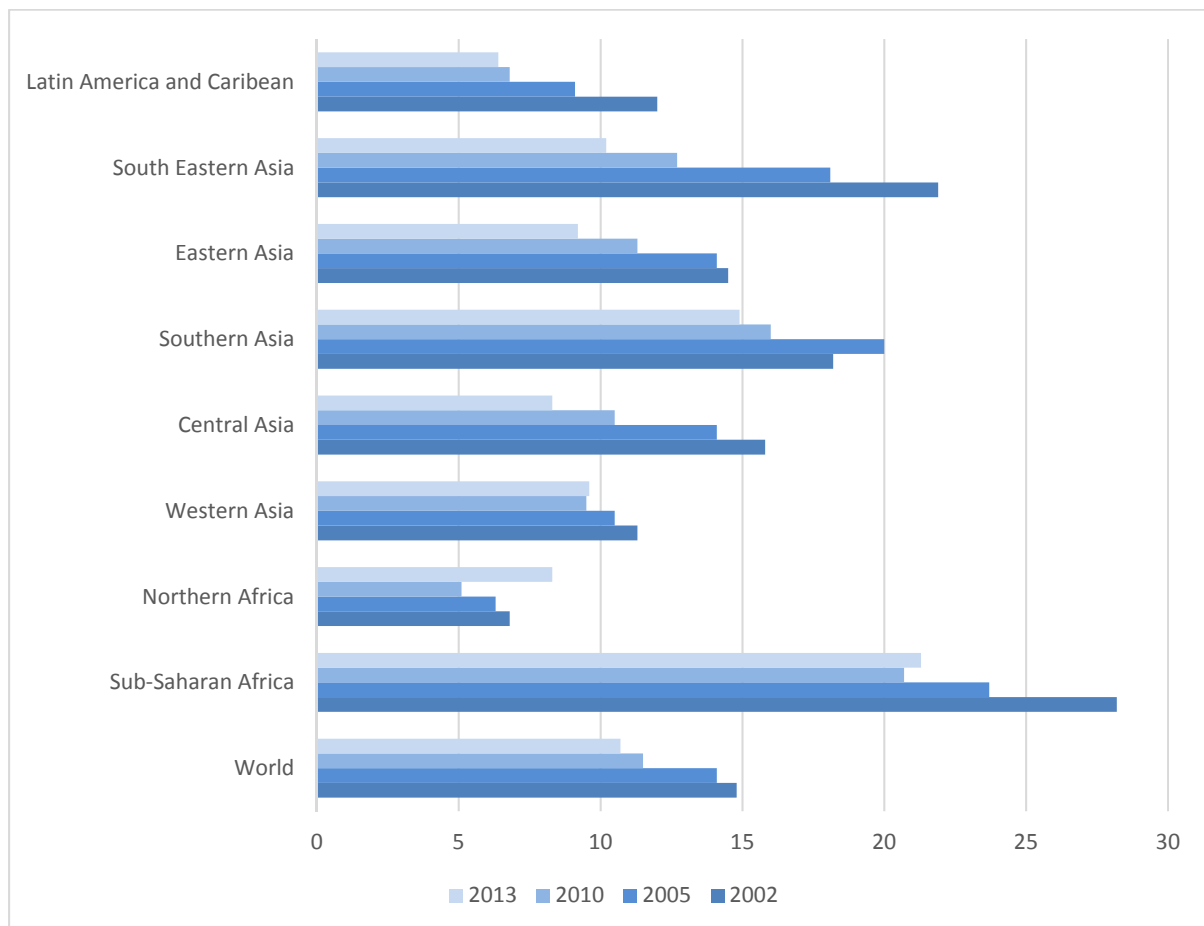


Abb. 4: Rate der Unterernährten in der Gesamtbevölkerung

Quelle: SDG Report 2018, Daten: Food and Agriculture Organisation of United Nations, 2014-2016 Projektion, Grafik: Holzinger

¹⁴ <https://unstats.un.org/sdgs/files/report/2018/secretary-general-sdg-report-2018--Statistical-Annex.pdf>

¹⁵ „By 2030, end hunger and ensure access by all people, in particular the poor and people in vulnerable situations, including infants, to safe, nutritious and sufficient food all year round“









Das SDG-Indikatorenset der Europäischen Union

Auf *europäischer Ebene* wurde Eurostat beauftragt, jährliche Fortschrittsberichte zu erstellen. Anhand von 100 für die EU-Staaten relevanten ausgewählten Indikatoren, die - anders als jene der UNO - lediglich den 17 Hauptzielen (goals) zugeordnet sind, sollen die Entwicklungen innerhalb der EU gemessen werden. Es sind jährliche Überprüfungen des EU SDG Indikatorensets vorgesehen, um den Einbezug von Indikatoren zu ermöglichen, die im Laufe der Zeit aus neuen Datenquellen verfügbar werden, und neuen EU-Politikprioritäten, einschließlich langfristiger EU-Visionen nach 2020, Rechnung zu tragen. In Vorbereitung des EU-Nachhaltigkeitsberichts 2018 wurde das Indikatorenset zwischen Dezember 2017 und März 2018 überprüft.

Der Bericht „EU SDG Indicator Set 2018“ beschreibt die aktuelle Datenlage, listet alle Indikatoren und ihre Relevanz für die EU auf. Angeführt werden der Name des jeweiligen Indikators, allfällige Anmerkungen, die Erhebungshäufigkeit, die Datenqualität sowie die Datenquellen.¹⁶

Im September 2018 wurde der erste EU-Statusbericht „Sustainable Development in the Europe Union“¹⁷ veröffentlicht. Dieser listet zu allen Zielen den jeweiligen Status der EU-28 in anschaulichen Grafiken auf. Zwei Beispiele zu SDG 1 werden in Abb. 5 dargestellt. Mit grünen und roten Pfeilen wird jeweils angegeben, ob sich der Zustand in Richtung des Ziels oder von diesem weg bewegt.

Table 1.1: Indicators measuring progress towards SDG 1, EU-28

Indicator	Long-term trend (past 15 years)	Short-term trend (past 5 years)	Where to find out more
Multidimensional poverty			
 People at risk of poverty or social exclusion	 (i)	 (i)	page 37
People at risk of income poverty after social transfers	 (i)		page 40
Severely materially deprived people	 (i)		page 41
People living in households with very low work intensity	 (i)		page 42
In work at-risk-of-poverty rate	 (i)		page 43

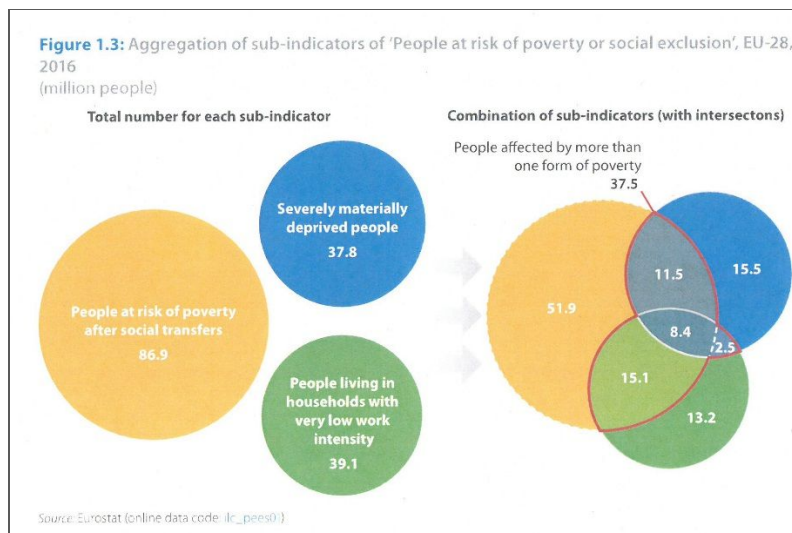


Abb. 5: SDG Monitoring-Report 2018 – zwei Beispiele zu SDG 1 Quelle: Eurostat

¹⁶ <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/276524/7736915/EU+SDG+indicator+set+2018+-+public+web+version+with+cover+note/c86cd681-a537-4f0c-9680-197f04888f12>

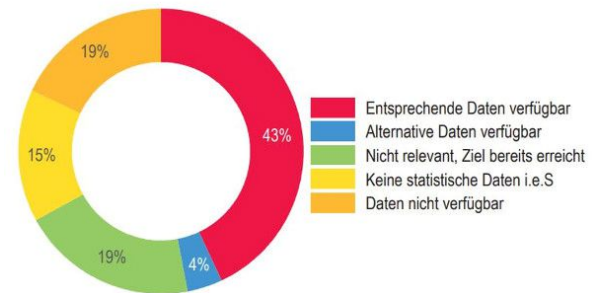
¹⁷ <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/9237449/KS-01-18-656-EN-N.pdf/2b2a096b-3bd6-4939-8ef3-11cfc14b9329>

Das SDG-Indikatorenset für Österreich

Auf nationaler Ebene werden die Daten in Abstimmung mit Eurostat erstellt. Für Österreich erstellt Statistik Austria das Monitoring, wobei auf Daten des Projekts „Wie geht’s Österreich“¹⁸ mit einem bereits sehr breiten Indikatorenset zurückgegriffen werden kann. Seit Dezember 2017 ist eine erste Fassung der nationalen Indikatoren auf der Webseite von Statistik Austria unter dem Themenschwerpunkt "Agenda 2030 - Sustainable Development Goals" abrufbar.¹⁹

Für knapp die Hälfte des globalen Indikatorensets der Vereinten Nationen stehen derzeit nationale Daten von Statistik Austria oder von externen Datenlieferanten zur Verfügung. 34 Prozent wurden für Österreich entweder als „nicht relevant“ oder „keine statistischen Daten im engeren Sinn“ eingestuft. Lediglich für 19 Prozent der SDG-Indikatoren sind keine Daten verfügbar (siehe Grafik). Angepeilt werden analog der EU-Ebene 100 Indikatoren. Zu jedem der 17 Ziele wurde ein pdf-Sheet (Beispiel s. Abb. 6) erstellt mit den jeweiligen Subzielen, den UN-Indikatoren-Vorschlägen, den korrespondierenden, verfügbaren nationalen Indikatoren (bzw. dem Hinweis dass der Indikator für Österreich nicht relevant sei, da das Ziel bereits erreicht wurde) sowie den Daten für die Jahre 2010-2016.²⁰

Grafik: Indikatorenverfügbarkeit im nationalen SDG-Indikatorenset von Statistik Austria



Q: Statistik Austria, Stand: Dezember 2017. - Zählung nach UN-Indikatorenvorschlägen.

Ziel 10: Weniger Ungleichheit

Target 10.2 Bis 2030 alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status zu Selbstbestimmung befähigen und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion fördern

UN-Indicator 10.2.1: Proportion of people living below 50 per cent of median income by age, sex and persons with disabilities

Nationaler Indikator: Armutsgefährdung (50 Prozent des Medians)

2010: 9,1 %	2011: 8,0 %	2012: 8,4%	2013: 8,6%	2014: 8,2%	2015: 8,3%	2016: 8,1%
-------------	-------------	------------	------------	------------	------------	------------

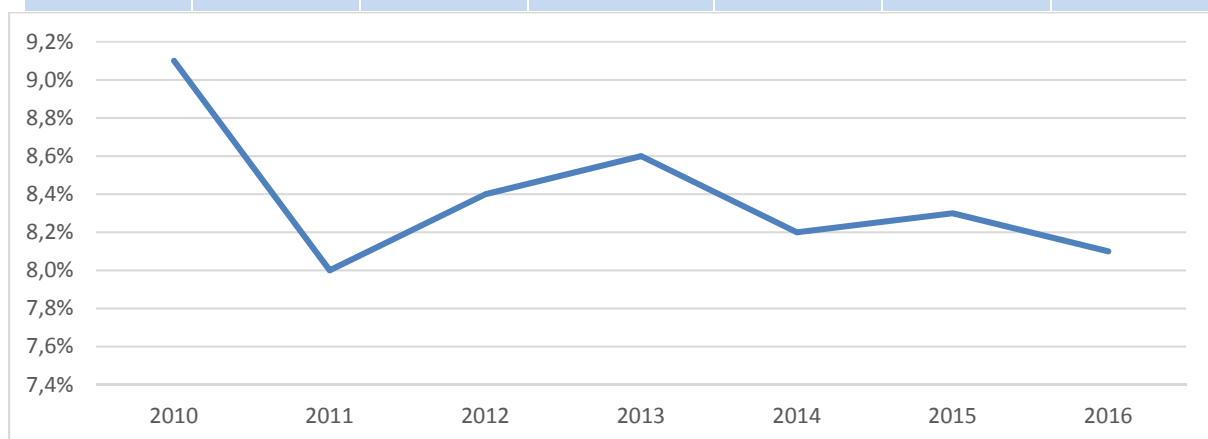


Abb. 6: Anteil der armutsgefährdeten Personen – Einkommen unter 50 Prozent des Median-Einkommens

Quelle: Statistik Austria, Grafik: Holzinger

¹⁸ www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich/index.html

¹⁹ Eine Übersicht über die Indikatoren und Zeitreihen ab 2010 sowie ihre Relevanz für Österreich bietet: www.statistik.at/web_de/statistiken/internationales/agenda2030_sustainable_development_goals/un-agenda2030_monitoring/index.html

²⁰ www.bundeskanzleramt.gv.at/indikatoren-agenda-2030

Das SDG-Indikatorensystem der Bertelsmann-Stiftung

Auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen gibt es Monitoringsysteme. Der im Juli 2017 veröffentlichte SDG-Index 2017 der Bertelsmann Stiftung und des Sustainable Development Solutions Network (SDSN) zeigt, wo Länder bei der Umsetzung stehen.²¹ 63 Indikatoren, von denen die AutorInnen annehmen, dass es valide Zahlen gibt, wurden gewichtet, 149 Länder erfasst.

Dabei werden zu mehreren Zielen auch nicht im UN-Indikatorensystem ausgewiesene Parameter herangezogen, die den AutorInnen relevant erschienen. Etwa bei SDG 9 „Industrie, Innovation und Infrastruktur“ neben den Ausgaben für Forschung und Entwicklung („Research and development expenditure“), der Anzahl der ForscherInnen pro tausend EinwohnerInnen („Research and development researchers“) sowie dem Anteil der Bevölkerung mit Internetzugang („Proportion of the population using the internet“) auch der „Logistic Performance Index“ der Weltbank, der die Qualität der Handels- und Transportinfrastruktur misst, sowie die Anzahl der Patente („Patent applications“) pro einer Million Menschen.

Bei SDG 8 „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ werden neben der Wachstums- und Arbeitslosenrate auch der Anteil der Jugendlichen, die nicht in Ausbildung oder Arbeit stehen, sowie das Ausmaß der Kinderarbeit berücksichtigt. Interessanterweise wird auch die Anzahl der Geldautomaten bei diesem Ziel herangezogen.

Der Index gewichtet die 63 verwendeten Indikatoren und erstellt mit diesem ein Länderranking. Am besten im SDG-Index schneiden die skandinavischen Länder Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland ab, Österreich befindet sich an 7. Stelle nach der Schweiz und Deutschland. Die USA liegen auf Platz 25 hinter osteuropäischen Ländern wie Ungarn, Estland, Tschechien und Slowenien. An den letzten Stellen rangieren afrikanische Staaten: Tschad, Niger, Kongo, Liberia, Zentralafrikanische Republik. Gewichtet wird auf einer Skala zwischen null und 100 Punkten (s. Tab. 2).²²

Der Index wurde wie folgt errechnet. Für jedes der 17 SDGs wurde mindestens ein Indikator, meist mehrere Indikatoren herangezogen. Die Bewertung pro Ziel ergibt sich aus der Mittelung der Werte aus den Sub-Indikatoren. Der Gesamt-SDG-Index für jedes Land wurde schließlich aus der Mittelung der Werte der 17 Einzelziele errechnet. Für die OECD-Länder weist der Report ein separates Ranking auf. Für dieses wurde ein erweitertes Indikatoren-Set verwendet, um ein differenzierteres Bild innerhalb dieser Staatengruppe zu erreichen. Wie bei jedem Ranking ist von Relevanz, welche Indikatoren herangezogen und wie diese gewichtet werden. So bleibt bei SDG 8 beispielsweise die in Ländern des Südens stark verbreitete informelle Arbeit unberücksichtigt.

Rang	Land	Punkte	Rang	Land	Punkte
1	Schweden	84,5	143	Burkina Faso	35,6
2	Dänemark	83,9	144	Haiti	34,4
3	Norwegen	82,3	145	Tschad	31,8
4	Finnland	81,0	146	Niger	31,4
5	Schweiz	80,9	147	Demokrat. Rep. Kongo	31,3
6	Deutschland	80,5	148	Liberia	30,5
7	Österreich	79,1	149	Zentralafrikanische Republik	26,1

Tab. 2: Ausschnitt aus dem Länderranking des SDG-Rankings der Bertelsmann-Stiftung.

Quelle: Bertelsmann-Stiftung

²¹ www.bertelsmann-stiftung.de/en/our-projects/sustainable-development-goals-index

²² Download des Berichts aus 2015: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/SDG_Index_Dashboard_full.pdf

Länderprofile zur Erreichung der SDGs der Bertelsmann-Stiftung

Neben dem Länder-Ranking enthält der SDG-Bericht der Bertelsmann-Stiftung²³ Einzelprofile zu allen ausgewerteten Ländern. Die Blätter bestehen jeweils aus vier Teilen: Einer Tabelle, in der der SDG-Index mit anderen Rankings verglichen wird (Human Development Index, Subjective Wellbeing, GDP per Capita, Global Competitiveness Index, Environmental Performance Index), einem Kreisdiagramm mit dem jeweiligen Abschneiden in den einzelnen Goals, dem SDG Dashboard, das die 17 Icons der SDGs in einer Farbskala von „rot“ (schlecht) bis „grün“ (sehr gut) sowie erläuternden Datensätzen.

Die Kreisdiagramme geben einen Überblick darüber, wie weit ein Land bei den einzelnen Zielen bereits vorangekommen ist. Für nicht zu treffende Indikatoren (etwa die Dichte der Fischpopulation in den Meeren bei Nicht-Meeresanrainerstaaten) bzw. für Ziele, bei denen für das ausgewählte Land keine Daten vorliegen, werden grau markiert. Auch die Bewertung dieser Kreisdiagramme entspricht einer Gewichtung aller Indikatoren, hier bezogen auf die einzelnen Goals.

In Abb. 7 wird die Zielerreichung der SDGs der Länder Bhutan und Österreich dargestellt. Dabei zeigt sich, dass beispielweise Ziel 1 (Beendigung der Armut) in Österreich zur Gänze, in Bhutan weitgehend erreicht ist, bei Ziel 2 (Beendigung des Hungers und Umsetzung einer nachhaltigen Landwirtschaft) Österreich bedeutend besser abschneidet als Bhutan. Bei Ziel 5 (Gleichberechtigung von Frauen) weisen beide Länder Defizite auf, bei Ziel 6 (Nachhaltige Wasserversorgung und Sanitäreinrichtungen) hat Österreich das Optimum erreicht, Bhutan liegt etwas darunter. Große Unterschiede bestehen etwa bei SDG 9 (Industrielle Entwicklung und Innovation) oder SDG 12 (Nachhaltige Produktions- und Konsummuster), wo Bhutan sehr schlecht, aber auch Österreich nur mittelmäßig abschneidet. Bei SDG 13 (Klimaschutz) schneidet Bhutan bedeutend besser ab als Österreich - allein, weil der Treibhausgasausstoß pro Kopf in Bhutan äußerst niedrig ausfällt.

Aufschlussreich ist auch der Vergleich der beiden Länder in Bezug auf unterschiedliche Rankings:

Index	Bhutan	Österreich
SDG-Index (149 Länder)	82	7
Human Development Index (188 Länder)	132	23
Bruttosozialprodukt/Kopf kaufkraftbereinigt (149 Länder)	93	14
Global Competitiveness Index (140 Länder)	105	23
Subjective Wellbeing (149 Länder)	71	13
Environmental Performance Index (180 Länder)	110	18

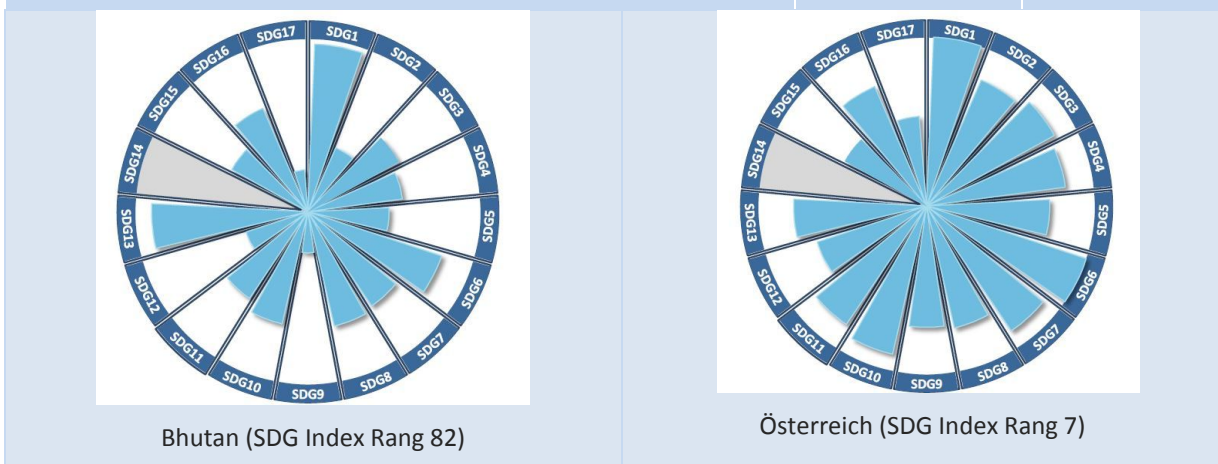


Abb. 7: Die SDG-Länderprofile von Bhutan und Österreich
Quelle: Bertelsmann-Stiftung 2015

²³ https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/SDG_Index_Dashboard_full.pdf

Planetare Grenzen und Lebensqualität – das Donut-Modell von Kate Raworth

Die britische Ökonomin Kate Raworth²⁴ verbindet in ihrem Donut-Modell die „Planetary Boundaries“ des Stockholm Resilience Center²⁵ mit Parametern für ein existenzsicherndes Leben, die in etwa den SDGs entsprechen. Die Länderwerte sind einer Datenbank der Universität Leeds zu entnehmen. Dabei besteht die Möglichkeit, jeweils zwei Länder zu vergleichen.²⁶

Die Diagramme machen deutlich, dass die wirtschaftlich reichen Länder zwar gut bei den Parametern für Lebensqualität abschneiden, dies jedoch stark auf Kosten der Umwelt. Bei den Ländern des Südens sind die Relationen in der Regel umgekehrt. Ein Phänomen, das auch der Happy Planet Index²⁷ der New Economic Foundation zeigt. Dieser setzt das Bruttoinlandsprodukt, den ökologischen Fußabdruck und die Lebenszufriedenheit in Relation. Anders als der Index der Bertelsmann-Stiftung geben diese beiden Indikatorensysteme ökologischen Parametern größeres Gewicht.

Das Donut-Modell zeigt im Außenkreis die ökologischen Grenzen (Biophysical Boundary) in den Bereichen CO₂-Emissionen, Materialfußabdruck, Ökologischer Fußabdruck, Landnutzung, Wasserverfügbarkeit sowie Nitrat- und Phosphateintrag in den Böden. Werden diese überschritten, drohen Systeminstabilitäten. Im Innenkreis werden die Parameter für Lebensqualität dargestellt: Lebenszufriedenheit, Lebenserwartung, Ernährung, Gesundheit, Einkommen, Zugang zu Energie, Bildung, Sozialleistungen, Demokratiequalität, Gleichheit und Beschäftigung. Die beiden Grenzen ergeben das Bild eines Donuts - daher der Name Donut-Ökonomie.

Die Datenbank ermöglicht, jeweils zwei Länder im Vergleich darzustellen, etwa ein Land mit hohem und niedrigem BIP. Der Vergleich der Länder Österreich und Haiti (s. Abb. 8) zeigt, dass Österreich fünf der sieben ökologischen Grenzen überschreitet, jedoch keine der Lebensqualitätsgrenzen unterschreitet. Haiti liegt bei allen ökologischen Grenzen weit im grünen Bereich, bei der Lebensqualität liegen fast alle Parameter unterhalb der „Überlebensgrenze“ (nur die Beschäftigung weist zufriedenstellende Werte auf, zu Gleichheit und Bildung fehlen valide Daten).

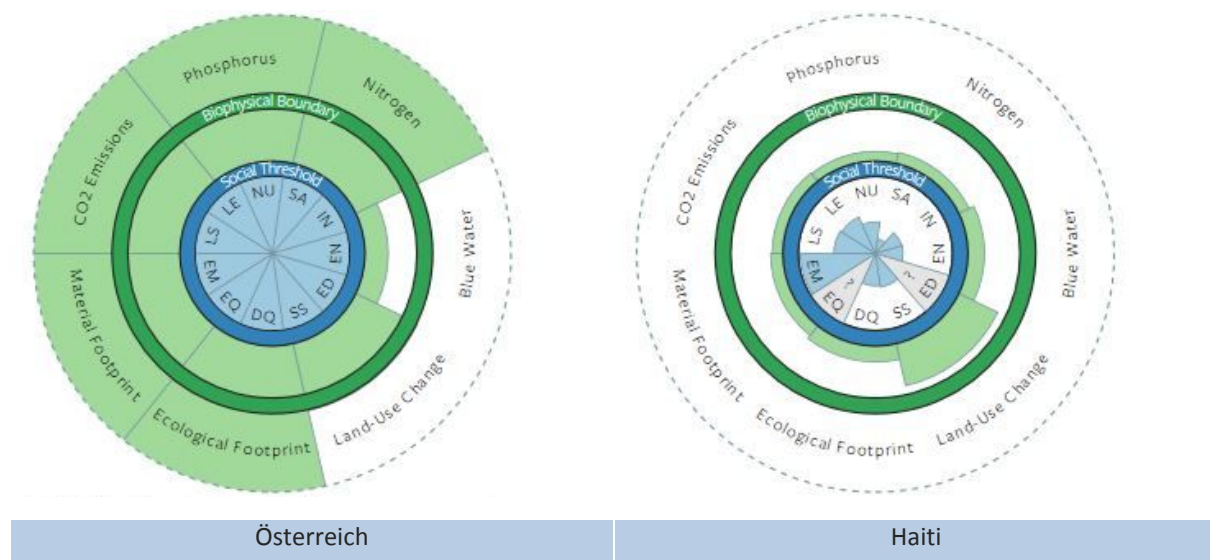


Abb. 8: Die Nachhaltigkeitsbilanz von Österreich und Haiti nach dem Donut-Modell
 Legende: LS – Life Satisfaction, LE – Healthy Life Expectation, NU – Nutrition, SA – Sanitation, IN – Income, EN – Access to Energy, ED – Education, SS – Social Support, DQ – Democratic Quality, EQ – Equality, EM – Employment. Quelle: goodlife.leeds.ac/uk

²⁴ ²⁴ Raworth, Kate: Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. München, 2018.

²⁴ Nach: Wiener Zeitung, 17. Juli 2018.

²⁵ www.stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries/planetary-boundaries/about-the-research/the-nine-planetary-boundaries.html

²⁶ Für Österreich: <https://goodlife.leeds.ac.uk/countries/#Austria>

²⁷ <http://happyplanetindex.org/countries/>

Erste Einschätzung der SDG-Strategie der Europäischen Union

Im September 2018 ist der erste Zustandsbericht der EU 'Sustainable Development in the European Union - Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context' erschienen.²⁸ Der Bericht stellt fest, dass die EU in den letzten fünf Jahren „Fortschritte in Richtung aller Ziele gemacht hat“, obwohl sie sich bei bestimmten Indikatoren von Subzielen entfernt hat. „Erhebliche Fortschritte“ sind laut Bericht bei SDGs 7 („Erschwingliche und saubere Energie“), SDGs 4 („Qualitativ hochwertige Bildung“), 12 („Verantwortungsbewusster Konsum und Produktion“), 15 („Leben an Land“), 11 („Nachhaltige Städte und Gemeinden“) und 3 („Gute Gesundheit und Wohlbefinden“) erzielt worden.

Bereiche, in denen die EU in den letzten fünf Jahren lediglich „moderate Fortschritte“ erzielt hat, sind laut Report die SDGs 17 („Partnerschaft für die Ziele“), 9 („Industrie, Innovation und Infrastruktur“), 5 („Gleichstellung der Geschlechter“), 8 („Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“), 1 („Keine Armut“), 2 („Nullhunger“) und 10 („geringere Ungleichheiten“). Eine leichte Entfernung wird bei Ziel 10 (Verringerte Ungleichheit“ konstatiert. Der EU fehlen ausreichende Daten, um die Fortschritte bei den SDGs 6 („Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen“), 13 („Klimaschutz“), 14 („Leben unter Wasser“) und 16 („Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“) zu verfolgen, heißt es im Bericht (s. Abb. 9).²⁹

SDG Watch Europe kritisiert, dass durch die Wahl der Indikatoren die wichtigsten Trends (ob gesellschaftlich, ökologisch, wirtschaftlich oder technologisch) den aktuellen Prioritäten der Kommission unterordnet würden. Zudem gäbe es widersprüchliche Befunde. SDG 12 werde als einer der Bereiche genannt, in denen die EU die größten Fortschritte erzielt hat, obwohl dies nach Angaben der Europäischen Umweltagentur (EUA) und des Netzwerks für Lösungen zur nachhaltigen Entwicklung (SDSN) ein Bereich sei, in dem die EU versagt habe. SDG Watch Europe stellt auch fest, dass der Bericht bei der Messung der verringerten Ungleichheiten innerhalb der EU schwach sei.³⁰

Der European Think Tanks Group (ETTG) kritisiert die SDG-Strategie der EU in einem aktuellen Paper vom April 2018.³¹ Fast drei Jahre nach ihrer Verabschiedung fehle es der EU immer noch an einer geeigneten Umsetzungsstrategie, die klare Anweisungen gibt und Prioritäten für interne und externe Maßnahmen setzt.

Das Papier unterstreicht vier Kernbotschaften für die Umsetzung der Agenda 2030: Die Verabschiedung der SDGs sei ein Erfolg für die EU-Diplomatie gewesen, aber die EU nehme diese nicht so ernst wie sie sollte. Angemahnt wird eine EU-2020-Strategie auf der Grundlage der Agenda 2030 und der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Der nächste mehrjährige Finanzrahmen sollte die Agenda 2030 und die SDGs in alle Haushaltslinien integrieren. Vorgeschlagen wird die Förderung von Peer-Learning und der Austausch bewährter Verfahren zwischen EU-Institutionen und Mitgliedstaaten sowie die Stärkung lokaler Akteure in Europa und Drittländern. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass die EU-Politik gegen Ungleichheit im Inneren sowie in der Welt vorgehen müsse.³² Wenn Europa über die SDGs nachdenkt, müsse es globale Strategien entwickeln und die Spill-over-Effekte der internen Politik für Drittstaaten berücksichtigen. Auch ETTG nimmt Bezug auf den ersten Zustandsbericht von Eurostat, der Defizitfelder wie Armut, Gleichstellungspolitik und Verlust an Artenvielfalt konstatiert.³³

²⁸ Sustainable Development in the European Union: Monitoring Report on Progress towards the SDGs in an EU Context <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-statistical-books/-/KS-04-17-780>

²⁹ Ebd. S.10ff

³⁰ <http://sdg.iisd.org/news/eurostat-begins-monitoring-sdg-progress/>

³¹ Das ETTG besteht aus German Development Institute/Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), European Centre for Development Policy Management (ECDPM), the International Affairs Institute/Istituto Affari Internazionali, The Institute for Sustainable Development and International Relations (IDDRI) and the Overseas Development Institute (ODI), <https://ettg.eu/2018/04/23/steering-the-eu-towards-a-sustainability-transformation/>

³² „The Europe2030 strategy should have a strong focus on reducing inequality within and across EU countries, in line with the principle of “leaving no one behind“, <https://ettg.eu/wp-content/uploads/2018/04/ETTg-brief-on-SDGs.pdf>.

³³ „The Eurostat report already lists a few areas in which the EU needs to reverse certain trends in order to attain the SDGs. Poverty, gender inequality, loss of biodiversity, and poor performance in education are just a few examples given in the Eurostat report, ebd. S. 7

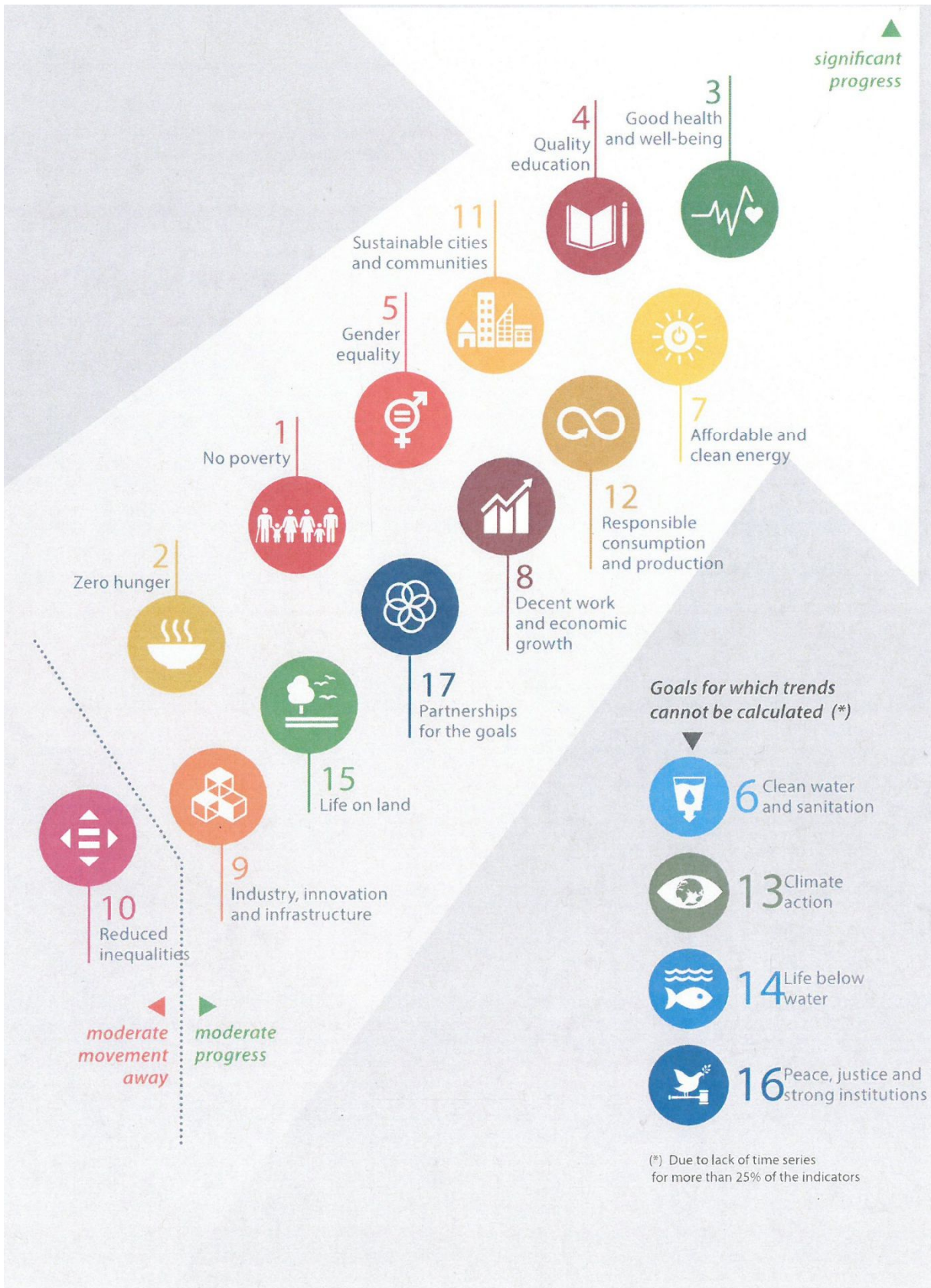


Abb. 9: Übersicht über die SDG-Fortschritte der EU-28 laut Eurostat-Bericht 2018.

Grafik: 'Sustainable Development in the European Union. Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context', 2018, S. 11

Kritik an den SDGs: Schwächen und zivilgesellschaftliche Forderungen

Kritik gibt es nicht nur an der mangelnden Umsetzung der SDGs, die erstmals in einem partizipativen Prozess unter Einbindung der Zivilgesellschaft sowie der Wirtschaft erarbeitet wurden. Auch die Konstruktion und manche Inhalte der SDGs werden problematisiert. Das Dilemma der SDGs bzw. Agenda 2030, welche diese mit anderen internationalen Erklärungen - angefangen bei den Allgemeinen Menschenrechten (verabschiedet 1948) - teilen, liegt in ihrer Unverbindlichkeit. Die SDGs sind eine Absichtserklärung, eine Art „Leitbild“ bzw. „Zielekatalog“ wie die 1992 verabschiedete „Agenda 21“ für eine nachhaltige Weltentwicklung. Werden Ziele nicht erreicht, gibt es weder Sanktionen noch rechtsverbindliche Konsequenzen. Kritisiert wird auch das Festhalten am westlichen Entwicklungs- und Wachstumsmodell sowie die weitgehende Ausblendung systemischer Barrieren wie ein unfairen Weltmarkt, destabilisierende Finanzmärkte sowie die Dominanz multinationaler Konzerne mit ihren Profiteressen gegenüber gemeinwohlorientierten Anliegen.³⁴

„Entwicklung“ wird ausschließlich als „Aufholen“, „Niemanden zurücklassen“ definiert, nicht als gemeinsame Suche nach weltverträglichen Lebensstilen und Wirtschaftsweisen. Dabei sind die Alarmzeichen der Nicht-Nachhaltigkeit des gegenwärtigen „Entwicklungsweges“ nicht mehr zu übersehen. Bereits der UN-Bericht über die Millennium Development Goals (MDGs)³⁵ machte deutlich, dass strukturelle Probleme nur sehr begrenzt thematisiert werden. Ökologische Themen werden im MDG-Abschlussbericht zwar benannt - Anstieg der CO₂-Emissionen seit 1990 um mehr als 50 Prozent, Überfischung der Meere, Verlust an Regenwäldern, Wasserknappheit, von der 40 Prozent aller Menschen weltweit betroffen sind - die Kritik am ressourcenverschlingenden Konsummodell der „entwickelten Regionen“ bleibt aber aus. Der Reichtum der Wenigen wird nicht in Frage gestellt bzw. in den SDGs wird dieser nur sehr vorsichtig angesprochen. Unter dem Ziel 10 „Weniger Ungleichheit“ heißt es in Unterziel 10.4: „Politische Maßnahmen beschließen, insbesondere fiskalische, lohnpolitische und den Sozialschutz betreffende Maßnahmen, und schrittweise größere Gleichheit erreichen.“ Doch laut einer Oxfam-Studie besitzen die acht reichsten Menschen der Welt so viel wie die untere Hälfte der Weltbevölkerung.³⁶

Dazu kommt, dass die Ansprüche der SDGs weit mit der gegenwärtigen Realität auseinanderklaffen. Globale Vollbeschäftigung ist beispielsweise ein hehres Ziel. Doch diese gelingt nicht einmal im reichen Kontinent Europa, wie Arbeitslosenraten von 25 Prozent und mehr in Ländern wie Griechenland oder Spanien sowie eine Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern von knapp 50 Prozent zeigen.³⁷ In den Ländern des Südens ist der Anspruch auf ein geregeltes Arbeitsverhältnis noch immer die Ausnahme. Der informelle Sektor macht vielfach 70-90 Prozent aller Beschäftigten aus. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Ländern mit hohem Bevölkerungswachstum und damit großen Jugendkohorten gilt als tickende Zeitbombe.³⁸

Die Einhaltung von sozialen Standards in den Fabriken und Bergwerken sowie auf Plantagen in den Ländern des Südens wird seit Jahrzehnten von Nichtregierungsorganisationen eingefordert. Doch von der Umsetzung sind wir weit entfernt. Auch die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) existieren seit vielen Jahren. Sie bleiben jedoch dem Freihandel nachgereiht. „Die Erklärung ist als Appell an die Mitgliedstaaten der ILO und an die Organisation selbst zu verstehen. Sie will ermutigen, fördern, Handlungsimpulse geben. Sanktionsmöglichkeiten können aus ihr nicht abgeleitet werden. In der Erklärung wird vielmehr hervorgehoben, dass die Normen der ILO, die Erklärung selbst und ihre Folgemaßnahmen nicht für handelsprotektionistische Zwecke verwendet werden dürfen.“³⁹

³⁴ Vgl. Maier, Jürgen; Abshagen, Marie Luise: Ein ambivalentes Verhältnis. Internationale Handelspolitik und nachhaltige Entwicklungsziele. In: Gerechte Weltwirtschaft. Wege aus der Freihandelsfalle. München, 2018, S. 33-38; Holzinger, Hans: Dogma Wachstum - SDGs und Suffizienz. In: Sustainable Austria, 73, 2018, S. 10-11

³⁵ Vereinte Nationen: Millenniums-Entwicklungsziele. Bericht 2015. S. 4 www.un.org/Depts/german/millennium/MDG%20Report%202015%20German.pdf

³⁶ Oxfam-Studie 2017, Foto: www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2017-01-16-8-maenner-besitzen-so-viel-aermere-haelfte-weltbevoelkerung

³⁷ Quelle: EUROSTAT

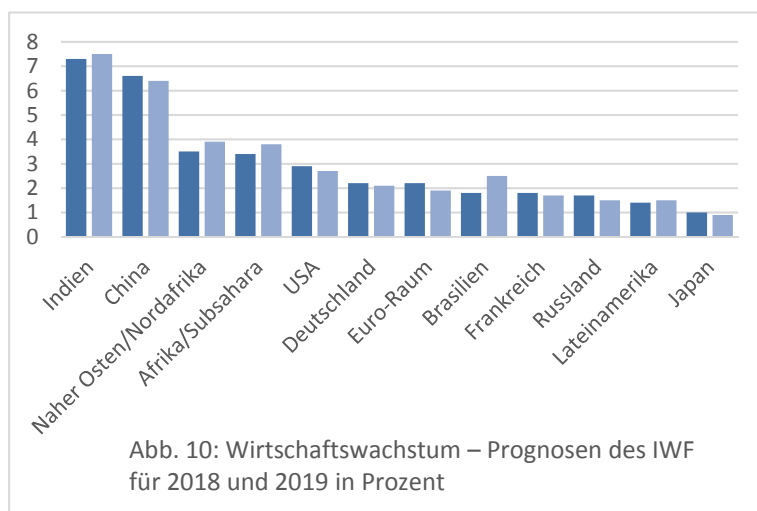
³⁸ Angenendt Steffen, Popp, Sylvia: Jugendarbeitslosigkeit als globale Herausforderung. In: Globale Trends 2015, Frankfurt, 2016S. 293-298.

³⁹ Vgl. ILO Kernarbeitsnormen: www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/lang--de/index.htm.

Keine Hinterfragung von Wirtschaftswachstum und Konsumstreben

Kritisiert wird auch die Nichthinterfragung von Wirtschaftswachstum in den Wohlstandsländern sowie die Hoffnung, dass die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch gelingen könne. Bislang gibt es hierfür keine Belege.⁴⁰ Und auch in den Ländern des Südens sagt das BIP-Wachstum allein zu wenig aus. Das Wirtschaftswachstum afrikanischer sowie asiatischer Länder basiert meist auf der Extraktion von Rohstoffen, deren Gewinne nicht der Bevölkerung zu Gute kommen, sondern als „staatlicher Mehrwert“ von den regierenden Eliten abgeschöpft werden.⁴¹ Das Wirtschaftswachstum Indonesiens beispielsweise basiert wesentlich auf dem Export von Cashcrops wie Palmöl, was ökologisch und sozial bedenklich ist (Abholzung von Regenwald, schlechte Arbeitsbedingungen).⁴²

Im Jahr 2015 belief sich das Gesamt-BIP der Welt auf rund 780 Billionen US-Dollar und die Weltwirtschaft wuchs mit rund drei Prozent jährlich. Würde sich diese Wachstumsrate unbegrenzt fortsetzen, würde sich der Umfang der Weltwirtschaft bis zum Jahr 2050 verdreifachen oder bis 2100 verzehnfachen und bis 2200 fast auf das 240-fache anwachsen. Damit macht Kate Raworth deutlich, dass permanentes Wachstum der Weltwirtschaft rein physikalisch nicht möglich sein wird. Die Herausforderung bringt sie wie folgt auf den Punkt: „Kein Land hat jemals menschliche Not ohne eine wachsende Wirtschaft überwunden. Und kein Land konnte jemals den ökologischen Niedergang durch Wachstum beenden.“⁴³



Der IWF sagt in seinem World Economic Outlook 2018 für 2018 und 2019 jeweils 3,9 Prozent Wachstum für die Weltwirtschaft voraus. Die höchsten Wachstumsraten sollen in Indien (7,3 bzw. 7,5 Prozent) und in China (6,6 bzw. 6,4 Prozent). Für Nahost/Nordafrika werden 3,5 bzw. 3,9 Prozent, für Afrika/Subsahara 3,4 bzw. 3,8 Prozent prognostiziert. Die Eurozone rangiert bei 2,2 bzw. 1,9 Prozent, Lateinamerika bei 1,6 bzw. 2,6 Prozent, Japan liegt unter einem Prozent (s. Abb. 10).⁴⁴ Unberücksichtigt bleibt dabei jedoch,

dass Länder mit bereits hoher Wirtschaftsleistung weniger oder kein Wachstum brauchen. Die „Prozentfalle“ führt in die Irre, exponentielles Wachstum ist auf Dauer nicht möglich.

Das BIP ist kein vollständiger Indikator für Wohlstand, da es den informellen Wirtschaftssektor, etwa die Care-Arbeit, nicht erfasst und Negativkosten wie Ausgaben für Umweltschäden oder zur Behandlung von gesellschaftlich bedingten Erkrankungen positiv verbucht. Als Ergänzung zum BIP sollten etwa der Wellbeing Index, der Happy Planet Index oder der „World Social Capital Monitor“⁴⁵ berücksichtigt werden, um „Entwicklung“ zu messen. Letzterer, ein UN-SDG-Partnerschaftsprojekt, misst informelle Wirtschaftssektoren sowie die Qualität der Beziehungen.

⁴⁰ Äußerst vorsichtig formuliert ist Unterziel 8.4. Bis 2030 soll demnach „die weltweite Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion Schritt für Schritt“ verbessert und die „Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung“ angestrebt werden.

⁴¹ Nach einer von Jean Ziegler zitierten Studie der NGO Global Financial Integrity, die sich um Korruption, Schmuggel, organisiertes Verbrechen und Steuerflucht kümmert, sind durch anonyme Scheinfirmen, undurchsichtige Steuerparadiese und kommerzielle Geldwäsche allein 2011 fast 1.000 Milliarden Dollar aus den ärmsten Ländern der Welt geflossen. Ziegler, Jean: Verändere die Welt. München, 2018.

⁴² Vgl. Hartmann, Kathrin: Die grüne Lüge. Weltrettung als profitables Geschäftsmodell. München, 2018.

⁴³ Raworth, Kate: Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. München, 2018. S 295

⁴⁴ Nach: Wiener Zeitung, 17. Juli 2018.

⁴⁵ Dill, Alexander: Die Welt neu bewerten. Warum arme Länder arm bleiben und wie wir das ändern können. 2017, <https://sustainabledevelopment.un.org/partnership/?p=11706>

Fairer Handel und eine offene Migrationspolitik

Die Politik zu den SDGs wird daran zu messen sein, ob tatsächlich strukturelle Veränderungen eingeleitet werden. NGOs und entwicklungspolitischen Kreise fordern seit langem faire Handelsbedingungen sowie einen offenen Knowhow-Transfer, die Lockerung von Patentrechten bei Medikamenten und Saatgut, den Stopp von subventionierten Agrarexporten in die Länder des Südens, den Stopp von Subventionen für fossile Energieträger sowie verbindliche Klimaausgleichszahlungen für die ärmeren Länder. Vorgeschlagen wird etwa der Abgleich der Staatsschulden der armen mit den Klimaschulden der reichen Länder.⁴⁶

Notwendig sind auch ambitioniertere Ziele hinsichtlich der Implementierung von Erneuerbaren Energien - hier sind die SDGs sehr vorsichtig in den Formulierungen.⁴⁷ Studien zeigen, dass die Solarenergie einen wichtigen Entwicklungsimpuls für die Länder des Südens darstellt, das Überspringen des alten fossilen Entwicklungspfads („leapfrogging“) wirtschaftlich und ökologisch Sinn machen würde.⁴⁸

Von ExpertInnen der Entwicklungspolitik wird ein geänderter Zugang zu Freihandelsabkommen gefordert. Das Bischöfliche Hilfswerk Misereor sieht in den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs) europäischer mit afrikanischen Staaten eine vertane Chance, eine faire Kooperation einzuleiten. In der Regel hätten diese die Entwicklung eher behindert als gefördert. Zu ungleich seien Chancen und Risiken verteilt, zu asymmetrisch sind die politischen Verhandlungsgewichte, zu übermächtig die europäischen Wirtschaftsinteressen.⁴⁹

Nicht zuletzt würde eine offenere Migrationspolitik wesentlich zur Entwicklung der Länder des Südens beitragen. Ziel 10.7 fordert eine „geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität (zu) erleichtern, unter anderem auch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik“, ein weiteres Ziel fordert die Senkung der Transaktionskosten für Heimüberweisungen von Migranten mindestens unter 3 Prozent. Die Rücküberweisungen von Migranten machen mittlerweile ein Mehrfaches der weltweiten Entwicklungshilfe aus.⁵⁰

Neben dem Wissenstransfer führt Migration daher auch zu materiellen Transfers, die direkt bei den Menschen vor Ort ankommen. Es geht nicht um eine Politik der „open borders“, diese würde jedes Gemeinwesen sprengen, sondern um einen Perspektivenwechsel.⁵¹ Eine offenere Migrationspolitik der reichen Länder wäre daher eine bessere Entwicklungszusammenarbeit als die Ausstattung der Migrationsländer mit High-Tech-Grenzschutzequipment, das weitere Flüchtlinge abhalten soll in die reichen Länder zu gelangen.⁵²

Hoffnungen, durch mehr Entwicklungshilfe wie einen „Global Marshall Plan für Afrika“ die Migration einzudämmen, werden von EntwicklungstheoretikerInnen angezweifelt. Migration sei Folge einer gestiegenen Mobilität aufgrund wirtschaftlicher Entwicklung sowie des demographischen Drucks. Auf den Weg machen sich vor allem jene, die über Ersparnisse verfügen und sich die „Schlepper“ leisten können. Die aktuellen Entwicklungen sind freilich konfliktthaft: In Afrika können Regierungen die Hoffnung der Menschen auf eine Verbesserung ihrer Lage immer weniger erfüllen; der Sehnsuchtsort Europa ist dabei, sich zur Gänze abzuschotten. Und doch beweisen Städte wie Amsterdam, Paris oder London seit Jahrzehnten, dass multikulturelle Gesellschaften möglich und bereichernd sein können.⁵³

⁴⁶ Vgl. Hickel, Jason: Die Tyrannei des Wachstums. Wie globale Ungleichheit die Welt zerstört und was dagegen zu tun ist. 2018

⁴⁷ Ziel 7.2 lautet allgemein gehalten: „Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen.“

⁴⁸ Vgl. etwa früh Scheer, Hermann: Solare Weltrevolution. 1999, aktuell: Alt, Franz: Lust auf Zukunft. 2018.

⁴⁹ Vgl. Schilder, Klaus: Vertane Chancen. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Afrika. In: Gerechte Weltwirtschaft. a.a.O., S. 79-85; Laut einer Studie des South Centre sind afrikanische Unternehmen nur bei 15 bis 35 Prozent aller Export-Kategorien in die EU ähnlich wettbewerbsfähig wie ihre europäischen Konkurrenten. Freihandel auf gleicher Augenhöhe sei so nicht möglich.

⁵⁰ Biffi, Gudrun: Unterwegs zu einer global nachhaltigen Entwicklung mit Migration. In: Sustainable Austria, 73, 2018, S. 6-7

⁵¹ Holzinger, Hans: Der moderne Wohlfahrtsstaat im Kontext von Flucht und Migration. In: Zukunft Migration. JBZ-Arbeitspapier 37. Salzburg, 2017, S. 10-29

⁵² Jakob, Christian; Schindwein, Simone: Diktatoren als Türsteher Europas. Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert. 2017.

⁵³ Vgl. zusammenfassend auch Holzinger, Hans: Hilfe durch faire Strukturen, in: Wr. Zeitung, 20.9.2018

Alternative Entwicklungswege zulassen und integrieren

Zahlreiche Autorinnen und Autoren sind mittlerweile der Auffassung, dass ein nachhaltiger Entwicklungspfad nur mit Postwachstumsstrategien für die reichen Ländern und mit neuen Entwicklungsmodellen für die ärmeren Länder möglich sein wird. Erforderlich sei auch eine Abkehr vom westlichen Konsum- und Lebensmodell, das auf hohem Fleischkonsum, autofixierter Mobilität und hohem Güterdurchsatz basiert.⁵⁴ Vorgeschlagen werden Modelle moderner Subsistenz sowie der Suffizienz.⁵⁵ Befunde wie die „Externalisierungsgesellschaft“⁵⁶, die „imperiale Lebensweise“⁵⁷ sowie das „Fremdversorgungssyndrom“⁵⁸ müssten in den SDGs berücksichtigt werden. Unterstützung kommt dabei auch von Bewegungen aus den Ländern des Südens, etwa „Buen vivir“⁵⁹ in Lateinamerika, ein Ansatz, der der Natur ein Eigenrecht einräumt, oder der „Postdevelopment“-Bewegung⁶⁰, die auf einen eigenständigen Weg für Entwicklung setzt.

Der Innsbrucker Wirtschaftshistoriker Josef Nussbaum bezweifelt den Sinn von Entwicklungshilfe: „Die größte Hilfe wäre, wenn wir die armen Länder über weite Strecken in Ruhe lassen und sie nicht daran hindern würden, was sie tun möchten.“⁶¹ Nussbaum kritisiert wie andere etwa die EU-Agrarexporte nach Afrika.

Vorgeschlagen wird auch ein „Global Goals Fund“, gespeist aus einer globalen Abgabe aller Länder von 1 Prozent ihres BIPs, was 800 Mrd. Dollar jährlich ergeben würde und der Hälfte der weltweiten Rüstungsausgaben entspricht, sowie ein globaler Mindestlohn von einem Dollar pro Arbeitsstunde.⁶² Andere plädieren für ein über die UNO ausbezahltes Grundeinkommen an alle Armen statt Entwicklungshilfe, da dieses unmittelbar wirke und die lokale Wirtschaft stimuliere.⁶³

Bemühungen für verbindliche Sozial- und Umweltstandards für internationale Konzerne dienen dem Ziel, Mehrwert in den Ländern des Südens unter einer fairen Verteilung zu ermöglichen. Was der „faire Handel“ exemplarisch vormacht, müsste allgemeiner Standard werden. Die Hälfte aller ProduzentInnen mit dem Fairtrade-Gütesiegel sind Kleinbauern und -bäuerinnen. Sie umfassen mittlerweile 1,66 Mio. Beschäftigte in 73 Ländern. Die Erträge gehen direkt an die Bauern bzw. die Genossenschaften, in denen sie sich zusammenschließen.⁶⁴

Anders ist der „Freihandel“ organisiert. Die bisherigen Freihandelsabkommen sehen lediglich Klagerechte für Unternehmen vor. 2004 stimmte eine Mehrheit der im UN-Menschenrechtsrat vertretenen Staaten für einen „UN-Treaty Prozess“ mit dem Ziel, Firmen weltweit für Menschenrechtsverletzungen haften zu lassen, und zwar auch entlang der Lieferketten und bezogen auf alle Tochterunternehmen. Über 100 Staaten nehmen mittlerweile am Prozess teil. Die USA und die EU sind bisher nicht dabei. Einzig Frankreich hat 2017 eine verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für Firmen eingeführt sowie ein Gesetz gegen Kinderarbeit in der Lieferkette verabschiedet. Wenn die SDGs ernst genommen werden, müssen diese strukturellen Änderungen greifen.⁶⁵

⁵⁴ Jackson, Tim: Wohlstand ohne Wachstum. Update, München, 2017; Hinterberger, Friedrich; Ax, Christine: Wahnsinn Wachstum. Was uns in die Krise führt - und wie wir wieder herauskommen. München, 2013; Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. Hrsg. v. Friedrich Hinterberger, u.a. Wien: Mandelbaum-Verl., 2009.; Hinterberger, Friedrich u. a.: Growth in Transition. Oxford, 2016. Vgl. zusammenfassend: Hans Holzinger: Diskurse über (Post-)Wachstum in der aktuellen Fachliteratur. 2016. Download: www.wachstumimwandel.at,
⁵⁵ Vgl. Paech, Niko: Befreiung vom Überfluss. München 2012.

⁵⁶ Lessenich, Stephan: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. 2016.

⁵⁷ Brand, Ulrich; Wissen, Markus: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. 2017.

⁵⁸ Paech, Niko: Von organisierter Unverantwortlichkeit zur Postwachstumsökonomie. In: Anders wachsen. Hrsg. Von Maximilian Becker u.a. 2017, 201-222.

⁵⁹ Acosta, Alberto: Buen vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben. 2015.

⁶⁰ Escobar, Arturo: Die Hegemonie der Entwicklung. 2008. Vgl. auch Sarah Funk: Post-Development: Gegen die Verwestlichung der Welt. <https://www.suedwind-magazin.at/gegen-die-verwestlichung-der-welt>

⁶¹ Nussbaumer, Josef: Bitte nicht sudern. In: Salzburger Nachrichten 18.8.2018, vgl. auch sein Buch „Hoffnungstropfen“ (Innsbruck, 2018), das Neuansätze in aller Welt aufzeigt.

⁶² Alt, Franz; Spiegel, Peter: Gerechtigkeit. Zukunft für alle. 2017.

⁶³ Dill, Alexander: Die Welt neu bewerten. Warum arme Länder arm bleiben und wie wir das ändern können. 2017.

⁶⁴ <https://www.eza.cc/>; <https://www.fairtrade.at/>

⁶⁵ Nach Der Freitag, 23.11.2017, vgl. www.globalpolicy.org/home/270-general/52856-auf-dem-weg-zu-globalen-unternehmensregeln-der-treaty-prozess-in-den-vereinten-nationen.html

Zivilgesellschaftliches Engagement und nachhaltige Lebensstile

Notwendig sind neue Bilder von Lebensqualität und damit auch neue Maßzahlen für Wohlstand. Und wenn der Kuchen nicht mehr wachsen kann, muss er anders verteilt werden (neben der Tatsache, dass der Kuchen nachhaltigen Wirtschaftens auch andere Zutaten braucht.) In den Worten von Jason Hickel: „Wenn Wachstum ein Ersatz für Gleichheit ist, dann ist Gleichheit auch ein Ersatz für Wachstum.“⁶⁶

Als Bürgerinnen und Bürger Europas können wir mit einem nachhaltigen Lebensstil zu Erreichung der SDGs auf der untersten Ebene beitragen. Ebenso wichtig ist das Engagement in und die Unterstützung von NGOs, Unternehmen und PolitikerInnen, die sich für die hier beschriebenen Änderungen auf struktureller Ebene einsetzen.

Mittlerweile existieren auf nationaler und internationaler Ebene zivilgesellschaftliche Organisationen, die den Prozess der SDGs kritisch begleiten und Fortschritte einmahnen. Das „Global Policy Forum“ hat zuletzt eine Studie über die Rolle des privaten Sektors, also der Unternehmen, in der Umsetzung der SDGs veröffentlicht.⁶⁷ In Deutschland beobachtet German Watch⁶⁸ die Aktivitäten der Politik im Kontext der Verwirklichung der SDGs. In *Österreich* hat sich dies ein Bündnis von 130 NGOs, zusammengeslossen im Netzwerk SDG Watch Austria vorgenommen.⁶⁹ SDG Watch Europe begleitet den Prozess der SDG-Umsetzung auf europäischer Ebene und vereint an die 100 international tätige NGOs aus dem Umwelt- und Sozialbereich.⁷⁰

Resümee: Der ressourcenintensive Konsum- und Lebensstil mit seinen hohen Energie-, Material- und Mobilitätsaufwänden ist nicht auf „ökologisch“ zu trimmen. Zukunftswege bieten nur Lebens- und Wirtschaftsweisen, die regionale Wertschöpfung anstatt globalisierter Güterketten und Speisekammern anstreben, menschliche Beziehungen trügerischen Konsumversprechen vorziehen und „Wachsen“ eine neue Bedeutung geben. Menschen waren früher nicht unbedingt umweltbewusster. In der vorindustriellen Zivilisation markierten jedoch die eingeschränkten technischen Möglichkeiten die Grenzen der Naturausbeutung. Handwerkliches Produzieren war per se nachhaltig.

Die industrielle Produktionsweise ermöglicht seit etwa hundert Jahren den Massenausstoß von Waren, die fossile Energiebasis die permanente Ausweitung der Bewegungsradien. 1,5 Millionen neue Autos verlassen wöchentlich die Fließbänder. Automobilität ist das große neue Geschäft in den Transformationsländern. Die Übertragung des konsumistisch-mobilistischen Wirtschaftsmodells auf die ganze Welt führt zur weiteren Eskalation der ökologischen Zerstörungen. Wenn technisch alles machbar ist, dann müssen wir uns als Gesellschaften jene Grenzen setzen, die der weiteren Ausbeutung der Natur einen Riegel vorschieben, ja deren Regeneration ermöglichen. Ein in Komfortgesellschaften nicht ganz einfaches Unterfangen. Doch ökologische Begrenzung bedeutet dabei nicht, dass wir in Zukunft schlechter leben werden, sondern einfach anders.⁷¹

⁶⁶ Hickel, Jason: Die Tyrannei des Wachstums. Wie globale Ungleichheit die Welt zerstört und was dagegen zu tun ist. 2018, 365

⁶⁷ www.globalpolicy.org/home/271-general/53058-highjacking-the-sdgs-the-private-sector-and-the-sustainable-development-goals.html

⁶⁸ <https://germanwatch.org/sdg>

⁶⁹ www.sdgwatch.at/de/

⁷⁰ www.sdgwatcheurope.org/

⁷¹ Mehr dazu: Holzinger, Hans: Von nichts zu viel - für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands. München, 2016.